

"Ausverkauf der Daten jedes Bürgers"

Piratenpartei Koblenz lehnt neue Entwicklung im Meldegesetz auf das Schärfste ab.

Die Öffentlichkeit war gerade mit dem Länderspiel Deutschland-Italien beschäftigt, als am Abend des 28. Juni der Bundestag die „Fortentwicklung des Meldewesens“ mit den Stimmen von Schwarz-Gelb verabschiedete.

Dementsprechend niedrig war die Beteiligung unserer Volksvertreter im Plenarsaal.

Bei dem jetzt sehr umstrittenen Gesetz geht es darum, dass mit der Neuregelung kommerzielle Adresshändler, Inkassofirmen oder die Werbewirtschaft in großem Umfang Daten erwerben können, die der Staat erhebt.

Die Kritik entzündete sich an Paragraph 44 des neuen Bundesmeldegesetzes, das nach der Föderalismusreform die bisherigen Landes- und Bundesregelungen zusammenfasst. Der Paragraph ermöglicht es umfassend Daten aus den amtlichen Registern abzugreifen – nicht nur Namen und Titel, sondern auch Anschriften und selbst Geburtstage und frühere Namen sollen nicht tabu sein. In bestimmten Fällen ist gegen die Datenweitergabe nicht einmal ein Widerspruch möglich.

Nach Meinung der Piratenpartei Koblenz verkommt damit das Meldegesetz zu einem „Schlussverkauf-Wühltisch für Adressenhändler“.

„Dieses sorglose Umgehen mit sensiblen Daten der Bürger ist so auf keinen Fall hinzunehmen“ sagte Marie Salm, Vorsitzende des Piratenkreisverbandes Koblenz.

Es ist zu hoffen, dass die anderen Parteien ihre jetzt zu lesenden Ankündigen wahr machen und dieses Gesetz im Bundesrat stoppen werden. Trotz allem bleibt die Frage, wie konnte ein solches Gesetz durch den Bundestag kommen? Sind den Volksvertretern die privaten Daten der Bürger so wenig wert, oder auch umgekehrt, sind die für den Staat zu erzielenden Gewinne wichtiger als die privaten Daten des Bürgers?

[http://wiki.piratenpartei.de/RP:Kreisverband\\_Koblenz](http://wiki.piratenpartei.de/RP:Kreisverband_Koblenz)